

**Stellungnahme**

09.04.2025

**Stellungnahme der DGPPN zur mentalen Gesundheit der Bevölkerung und zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung**

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V. (DGPPN) äußert ihre ernste Besorgnis hinsichtlich der aktuellen politischen Entwicklungen in den USA, die direkte negative Auswirkungen auf die Gesundheit einschließlich der mentalen Gesundheit der Bevölkerung sowie auf die Wissenschaft und Forschung haben werden.

Mit Bestürzung betrachtet die DGPPN die abzusehende Verschlechterung der **Versorgung psychisch erkrankter Menschen in den USA**. Neben Budgetkürzungen bei medizinischen Leistungsanbietern spielen hier eine Politisierung, Stigmatisierung und Instrumentalisierung psychischer Erkrankungen eine Rolle.

Diese werden im öffentlichen Diskurs banalisiert oder dämonisiert, und die Frage, wer als gesund oder als krank gilt, wird immer mehr Gegenstand politischer Betrachtungen und Interessen. Diese zunehmende Missachtung jeder medizinisch-wissenschaftlichen Bewertung von Erkrankungen sieht die DGPPN mit großer Besorgnis und verurteilt die **Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen** aufs Schärfste. Der Zugang dieser Menschen zu adäquater medizinischer Versorgung wird unter diesen Bedingungen zunehmend erschwert.

Darüber hinaus betrachtet die DGPPN die politischen Eingriffe in die **Unabhängigkeit der Wissenschaft und Forschung** mit großer Besorgnis. Die DGPPN bekundet ausdrücklich ihre Solidarität mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den USA. Angekündigte und schon umgesetzte Mittelkürzungen für Forschungsprojekte wirken sich kurz- und langfristig negativ auf die freie Forschung und Versorgung aus – auch auf den deutschen und europäischen Forschungsstandort. Daher erwartet die DGPPN von der neuen Bundesregierung eine klare Positionierung zur freien Wissenschaft und Forschung.

Die angespannte, weltpolitische Lage wirkt sich überall aus, und damit auch auf die deutsche Bevölkerung. Neben den Auswirkungen der Corona-Pandemie der vergangenen Jahre, einem noch andauernden Ukraine-Krieg und innenpolitischen Herausforderungen, kann auch die Unvorhersehbarkeit der amerikanischen Politik **das Gefühl der Instabilität** verstärken. Gerade für Menschen mit psychischen Erkrankungen kann dies zu einer zusätzlichen Belastung führen. Als psychiatrische Fachgesellschaft setzt sich die DGPPN vor allem für den **Schutz**

**und die Unterstützung dieser vulnerablen Bevölkerungsgruppe** ein. Dieses Selbstverständnis der DGPPN resultiert auch aus ihrer besonderen geschichtlichen Verantwortung als deutsche Fachgesellschaft, die ihr aus der Beteiligung damaliger Fachvertreter an den Verbrechen des Nationalsozialismus erwuchs.

**Prof. Dr. med. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank, Präsidentin der DGPPN:**

„Wir betrachten die jüngsten gesundheitspolitischen Entwicklungen in den USA mit großer Sorge. Selbstverständlich sehen wir die Kürzung wichtiger Forschungsmittel und damit die Beeinträchtigung auch internationaler Forschungsvorhaben sehr kritisch. Was uns als Psychiaterinnen und Psychiater jedoch mindestens genauso wichtig und besorgniserregend erscheint, sind die nachhaltigen negativen Auswirkungen dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklung auf die psychische Gesundheit und die Versorgung der Bevölkerung. Und dies nicht nur in den USA, sondern weltweit.“

„Vor dem Hintergrund unserer deutschen Vergangenheit sehen wir als Psychiatrische Fachgesellschaft die Notwendigkeit, Stellung zu beziehen: gerade dann, wenn es um eine zunehmende Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und um die Freiheit von Wissenschaft und Forschung geht“, so Prof. Gouzoulis-Mayfrank weiter.

*Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V.*

**Kontakt**

DGPPN-Pressestelle  
Reinhardtstraße 29  
10117 Berlin  
Telefon: 030 2404772-11  
E-Mail: [pressestelle@dgppn.de](mailto:pressestelle@dgppn.de)

\*Die Stellungnahme erfolgt u.a. vor dem Hintergrund massiver Budgetkürzungen im Gesundheitssektor der USA, den Eingriffen in die wissenschaftliche Freiheit US-amerikanischer Universitäten sowie vor dem Hintergrund von Eingriffen in (Bildungs-)Ministerien und der Banalisierung psychischer Erkrankungen im öffentlichen Diskurs politischer Amtsträger.